

Privatschulen in Deutschland

Privatschulen befinden sich in Deutschland und in anderen Ländern im Aufwind. Sie gelten gegenüber öffentlichen Schulen als „besser“, zuweilen als „elitär“ und leistungsorientierter. Welche Unterschiede bestehen gegenüber öffentlichen Schulen wirklich, und wie groß sind sie?

Einige Antworten gibt eine in diesem Jahr erschienene Studie des Netzwerks Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung, von der wir einige Ergebnisse vorstellen.

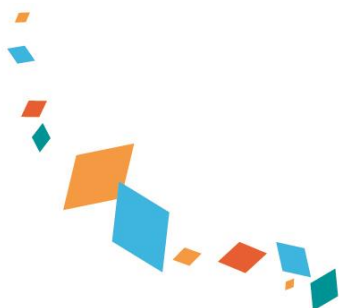
Anteil der Schülerschaft an privaten Schulen

Seit 1992 hat sich der Anteil der Schülerschaft, die eine private allgemeinbildende Schule besucht, deutschlandweit von 4,8 auf 9 Prozent annähernd verdoppelt. Der Anstieg geht vor allem auf die Gründungswelle in den ostdeutschen Bundesländern zurück. In Hessen wuchs der Anteil der Schülerinnen und Schüler in Privatschulen von 5 Prozent (1992/93) auf 7,3 Prozent (2016/17). Dieser Zuwachs verteilt sich unterschiedlich auf die einzelnen Schularten. Grundschulen (23,8 Prozent), Förderschulen (18,5 Prozent), Gymnasien (14,7 Prozent) und Realschulen (9,5 Prozent) stellen mit 66,5 Prozent in etwa zwei Drittel aller privaten Schulen. Mit einigem Abstand folgen Gesamtschulen und Waldorfschulen (7 bzw. 6,1 Prozent). Betrachtet man die Schularten nach Schülerzahlen, dann unterrichten Gymnasien mit 36,4 Prozent mehr als ein Drittel aller Privatschüler, gefolgt von Realschulen (13,5 Prozent), Grundschulen (12,7 Prozent) und Waldorfschulen (11,2 Prozent). In diesen vier Schularten werden mit 73,8 Prozent nahezu drei Viertel aller Privatschülerinnen und -schüler unterrichtet.

Private Schulen tragen in einigen gering besiedelten Kreisen zu einem möglichst wohnortnahen Schulangebot bei. Vor allem in ostdeutschen Ländern stellen sie häufiger als in westdeutschen das einzige örtliche Schulangebot dar. In Hessen kommt dies eher selten vor: Im Jahr 2014/15 befanden sich von 255 Gemeinden mit Sekundarschulen in acht Gemeinden die Sekundarschulen in ausschließlich privater Trägerschaft.

Die Finanzierung von Privatschulen

Die Genehmigung einer Privatschule ist an das im Grundgesetz verankerte Sonderungsverbot geknüpft (Art. 7 IV 3 GG), nach dem „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. Das Sonderungsverbot wird jedoch in der Praxis kaum beachtet. Während die Rechtsprechung als Obergrenze des durchschnittlichen Schulgeldes 160 Euro angesehen hat, liegt die Schulgeldhöhe zwischen bis zu 200 und mehr als 500 Euro (bei 3 Prozent der Privatschulen); jedoch entrichten 26 Prozent der Eltern für ihre Kinder an Privatschulen kein Schulgeld. Die Bundesländer interpretieren das Sonderungsverbot unterschiedlich strikt, die Mehrzahl von ihnen hat das Sonderungsverbot nicht in eigenen Landesgesetzen konkretisiert.



Privatschulen werden in Deutschland überwiegend öffentlich finanziert. 68 Prozent stammen aus den Länderetats, 26 Prozent aus Schulgeld, Spenden und Eigenmitteln, vier Prozent von Gemeinden und ein Prozent vom Bund.

Erwartungen von Eltern an Privatschulen

Befragungen von Eltern über ihre Motive für eine Privatschule sind bisher selten und beziehen sich auf einen kleinen Ausschnitt aus dem Schulspektrum. Die Studie fasst daher die Ergebnisse mehrerer älterer Untersuchungen zusammen. Bei einer Elternbefragung, deren Kinder eine evangelische Privatschule besuchten, überwogen Ziele, die eher der sozialisatorischen Funktion der Schule zuzurechnen sind (90 Prozent); etwas seltener wurden auf Qualifikationen ausgerichtete Ziele genannt (72 Prozent). Auf den dritten und vierten Platz entfielen eine christliche Prägung (70 Prozent) und besondere Fächerangebote (65 Prozent). Für viele Eltern ist die Wahrnehmung einer (passenden) Schulkultur ein wichtiges Kriterium, ebenso ein unterscheidbares Schulprofil. In einer anderen Befragung antworteten auf die Frage „Warum würden Sie Ihr Kind auf eine Privatschule schicken?“ 42 Prozent mit Hinweisen auf ein besseres soziales Milieu und auf eine bessere Persönlichkeitsbildung. Für 35 Prozent der Eltern sind schulische Schwerpunkte vor allem im kreativen Bereich ein Kriterium, das zur Attraktivität privater gegenüber öffentlichen Schulen beiträgt. „Mein Kind soll in einem besseren sozialen Milieu aufwachsen“ gaben 42 Prozent der Eltern als Motiv an, ihr Kind auf eine Privatschule zu schicken. Inwieweit diese Erwartungen an eine Privatschule auch tatsächlich erfüllt werden, ist empirisch jedoch kaum untersucht worden.

Schülerinnen und Schüler der Privatschulen

Der sozial selektive Zugang zu Privatschulen stellt einen Bezugspunkt für die Interpretation von Ergebnissen der empirischen Bildungsforschung in Deutschland dar. Die Studie verwendet zur Bestimmung von sozialer Selektivität Daten der IQB-Ländervergleiche 2015/2016 (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen). In ihnen wird der sozioökonomische Hintergrund anhand eines Indikators für den beruflichen Status von Erwachsenen bestimmt.

Das Ergebnis der Studie des Netzwerk Bildung überrascht nicht: Bei privaten Grundschulen, in nichtgymnasialen Schularten und in Gymnasien liegt der sozioökonomische Status der Eltern höher, bei Grundschulen sogar deutliche höher (knapp 60 gegenüber 51 Punkten) als bei öffentlichen Schulen. Zu vergleichbaren Befunden gelangen auch andere Untersuchungen: als höchste Schulabschlüsse überwiegen bei Privatschuleltern Abitur oder Fachhochschulreife, der Hauptschulabschluss ist die Ausnahme.

Ausländer und Zuwanderungshintergrund

Der Vergleich mit öffentlichen Schulen zeigt, dass der Ausländeranteil in privaten Schulen niedriger als in öffentlichen ausfällt. Während der Unterschied in Grundschulen eher schwach ausgeprägt ist, findet er sich in weiterführenden Schulen und auch in Förderschulen deutlich stärker. Am geringsten fällt der Unterschied bei Gymnasien auf: an privaten Gymnasien 4,3 Prozent, an öffentlichen 3,1 Prozent.

Diese Befunde zeigen sich auch bei dem Kriterium „Zuwanderungshintergrund“: der Anteil der Schülerschaft in Privatschulen fällt niedriger aus als in öffentlichen Schulen. In privaten Grundschulen haben gut 28,3 Prozent der Kinder einen Zuwanderungshintergrund, in öffentlichen Grundschulen sind es 38,1 Prozent. An privat getragenen Gymnasien lernen nur 17,7 Prozent Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund, an öffentlichen Gymnasien sind es 24,2 Prozent.

Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Privatschulen

Seit langem beschäftigt die öffentliche Diskussion die Frage, ob Schülerinnen und Schüler an Privatschulen bessere Leistungen erreichen. Zur Beantwortung der Frage stützt sich die Studie auf die IQB-Daten für die Fächer Deutsch und Englisch, die sie mit und ohne Kontrolle von Hintergrundmerkmalen wie z. B. Status der Eltern oder Familiensprache miteinander vergleicht. Insgesamt lassen sich, wie die Studie zusammenfasst, zumeist nur geringfügige Unterschiede zwischen den an privaten und öffentlichen Schulen im Mittel erreichten Kompetenzen feststellen. Die TA Hessen berichtete am 02.12.2016 über IQB-Ergebnisse für Hessen unter <http://www.transferagentur-hessen.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/detailansicht/iqb-bildungstrend-2015-ausgewaehlte-ergebnisse-fuer-hessen.html>.

Signifikante Unterschiede zeigen sich beim Zuhören/Hörverstehen in Deutsch und Englisch: hier entsprechen die erreichten Punkte an privaten Grund- und nichtgymnasialen Schulen (9. Jahrgangsstufe) einem Lernzuwachs von einem Viertel Schuljahr. Auch an privaten Gymnasien (9. Jahrgangsstufe) liegt die Punktzahl für Zuhören in Deutsch signifikant über derjenigen an öffentlichen Gymnasien, nicht jedoch beim Leseverstehen in Englisch: hier schneiden Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Gymnasien besser ab.

Perspektiven von Privatschulen

Die weitere Entwicklung von Privatschulen lässt sich nicht einheitlich beantworten. Den erwarteten Anstieg von Schülerzahlen könnten Privatschulen für ein weiteres Wachstum nutzen. Dem steht jedoch in den Jahren bis 2030 das altersbedingte Ausscheiden von Lehrkräften aus dem Schuldienst gegenüber. Die Konkurrenz bei der Stellenbesetzung mit öffentlichen Schulen, die häufig attraktivere Beschäftigungsbedingungen anbieten können, setzen Privatschulen unter Druck und können eine weitere Expansion bremsen.

Die Gesamtfassung der Studie ist auf dem Internetauftritt der Friedrich-Ebert-Stiftung unter <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/14189.pdf> abrufbar.